LAND BRANDENBURG

Ministerium der Justiz
und für Digitalisierung

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Pressesprecher
Kontakt: Marta Gruß
Telefon: 0331 866-3003

E-Mail: presse@mdjd.brandenburg.de
Internet: mdjd.brandenburg.de

Potsdam, 18.11.2026

Pressemitteilung

Nr.: 60/2026

Mehr Schutz vor häuslicher Gewalt und stärkere Kinderrechte

Brandenburgs Justizminister Dr. Benjamin Grimm begrüßt Reform des Kindschaftsrechts

Brandenburgs Justizminister, **Dr. Benjamin Grimm**, begrüßt den heutigen Beschluss des Bundeskabinetts zur Modernisierung des Kindschaftsrechts. Der Gesetzentwurf sieht insbesondere einen verbesserten Schutz vor häuslicher Gewalt in Sorge- und Umgangsverfahren sowie eine Stärkung der Rechte von Kindern vor.

Künftig soll ausdrücklich geregelt werden, dass Familiengerichte den Umgang eines gewaltausübenden Elternteils mit dem Kind im äußersten Fall auch dann ausschließen können, wenn dies zum Schutz des von Gewalt betroffenen Elternteils unerlässlich ist und dem Kindeswohl nicht widerspricht. Zudem sollen die Auswirkungen häuslicher Gewalt bei familiengerichtlichen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.

Brandenburgs Justizminister **Dr. Benjamin Grimm** erklärt dazu: „Häusliche Gewalt darf niemals als rein private Angelegenheit betrachtet werden. Sie betrifft immer auch die Kinder, selbst wenn sie nicht unmittelbar Opfer körperlicher Übergriffe werden. Wer Gewalt zwischen den Eltern miterlebt, braucht besonderen Schutz. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass der Bund mit der Reform des Kindschaftsrechts den Gewaltschutz stärkt und das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt stellt. Das Umgangsrecht darf nicht dazu führen, dass Betroffene erneut Gewalt ausgesetzt werden. Mit den vorgesehenen Änderungen setzen wir ein wichtiges Signal: Der Schutz von Kindern und gewaltbetroffenen Elternteilen hat oberste Priorität.“

Neben dem verbesserten Gewaltschutz sieht der Gesetzentwurf weitere Änderungen vor. So sollen Kinder ab 14 Jahren zusätzliche Mitbestimmungsrechte bei Sorgeerklärungen und bestimmten Vereinbarungen erhalten. Auch das Recht auf Umgang mit engen Bezugspersonen soll gestärkt werden.

Potsdam, 18.11.2026

Pressemitteilung

Darüber hinaus sollen die gesetzlichen Regelungen zur partnerschaftlichen Betreuung von Kindern nach einer Trennung weiterentwickelt werden.

Justizminister **Dr. Benjamin Grimm** abschließend: „Kinder brauchen Sicherheit, Verlässlichkeit und eine starke Stimme bei Entscheidungen, die ihr Leben unmittelbar betreffen. Die Reform ist deshalb ein wichtiger Schritt hin zu einem modernen Familienrecht, das den Bedürfnissen von Kindern und den unterschiedlichen Lebensrealitäten von Familien besser gerecht wird.“